

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/29437 –**

### **80 Jahre deutscher Überfall auf die Sowjetunion – Für eine Politik der Entspannung gegenüber Russland und eine neue Ära der Abrüstung**

#### **A. Problem**

Die antragstellende Fraktion schlägt vor, den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2021 zum Anlass für eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland zu nehmen.

Ziel des Überfalls 1941 sei es gewesen, sowjetisches Territorium bis zum Ural zu erobern und zu besetzen. Der Feldzug sei von Beginn an mit Terror gegen die Zivilbevölkerung geführt worden. Infolge von Krieg und deutscher Besatzung seien 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten der Sowjetunion, darunter 1,5 bis 2 Millionen Jüdinnen und Juden getötet worden.

Der Deutsche Bundestag, so die Antragsteller, wisse um die historische Schuld Deutschlands und bekenne sich zu dieser historischen Verantwortung, die auch 80 Jahr nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion fortbestünde.

Weder unter ökonomischen noch geostrategischen Aspekten liege ein neuer Eiserner Vorhang im europäischen oder deutschen Interesse. Notwendig seien die Abkehr von militärischer Konfrontation, Eskalation und Aufrüstung.

Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung deshalb dazu auffordern,

1. den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zum Anlass zu nehmen, Verhandlungen über einen Deutsch-Russischen Vertrag mit dem Ziel aufzunehmen, Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen;
2. sich im Rahmen von EU und NATO verstärkt für allgemeine und weltweite Abrüstung und zusammen mit der Russischen Föderation für ein System beidseitiger Sicherheit in Europa einzusetzen;
3. sich für die (Wieder-)Aufnahme Russlands in bestehenden bzw. neuen Dialogformaten und die Reaktivierung von eingefrorenen Gremien einzusetzen;

4. sich in der EU verstärkt für das Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok und dafür einzusetzen, die Wirtschafts-sanktionen gegen die Russische Föderation zu beenden;
5. sich in der EU dafür einzusetzen, den Beitritt der Russischen Föderation zum Pariser Klimaabkommen 2019 als Grundlage für einen Green Deal mit Russland zu nutzen;
6. in der EU dafür zu werben, die Visapflicht mit der Russischen Föderation und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken schrittweise abzubauen;
7. Schüler- und Jugendaustausch sowie Städtepartnerschaften mit Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zu fördern.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Keine.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/29437 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Christian Schmidt (Fürth)**  
Amtierender Vorsitzender

**Roderich Kiesewetter**  
Berichterstatter

**Johann Saathoff**  
Berichterstatter

**Waldemar Herdt**  
Berichterstatter

**Renata Alt**  
Berichterstatterin

**Heike Hänsel**  
Berichterstatterin

**Dr. Frithjof Schmidt**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Johann Saathoff, Waldemar Herdt, Renata Alt, Heike Hänsel und Dr. Frithjof Schmidt**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/29437** in seiner 229. Sitzung am 19. Mai 2021 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die antragstellende Fraktion schlägt vor, den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2021 zum Anlass für eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland zu nehmen.

Ziel des Überfalls 1941 sei es gewesen, sowjetisches Territorium bis zum Ural zu erobern und zu besetzen. Der Feldzug sei von Beginn an mit Terror gegen die Zivilbevölkerung geführt worden. Infolge von Krieg und deutscher Besatzung seien 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten der Sowjetunion, darunter 1,5 bis 2 Millionen Jüdinnen und Juden getötet worden.

Der Deutsche Bundestag, so die Antragsteller, wisse um die historische Schuld Deutschlands und bekenne sich zu dieser historischen Verantwortung, die auch 80 Jahr nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion fortbestünde.

Weder unter ökonomischen noch geostrategischen Aspekten liege ein neuer Eiserner Vorhang im europäischen oder deutschen Interesse. Notwendig seien die Abkehr von militärischer Konfrontation, Eskalation und Aufrüstung.

Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung deshalb dazu auffordern,

1. den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zum Anlass zu nehmen, Verhandlungen über einen Deutsch-Russischen Vertrag mit dem Ziel aufzunehmen, Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen;
2. sich im Rahmen von EU und NATO verstärkt für allgemeine und weltweite Abrüstung und zusammen mit der Russischen Föderation für ein System beidseitiger Sicherheit in Europa einzusetzen;
3. sich für die (Wieder-)Aufnahme Russlands in bestehenden bzw. neuen Dialogformaten und die Reaktivierung von eingefrorenen Gremien einzusetzen;
4. sich in der EU verstärkt für das Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok und dafür einzusetzen, die Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation zu beenden;
5. sich in der EU dafür einzusetzen, den Beitritt der Russischen Föderation zum Pariser Klimaabkommen 2019 als Grundlage für einen Green Deal mit Russland zu nutzen;
6. in der EU dafür zu werben, die Visapflicht mit der Russischen Föderation und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken schrittweise abzubauen;
7. Schüler- und Jugendaustausch sowie Städtepartnerschaften mit Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zu fördern.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/29437 in seiner 122. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/29437 in seiner 79. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/29437 in seiner 95. Sitzung am 9. Juni beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 83. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Roderich Kiesewetter**  
Berichtersteller

**Johann Saathoff**  
Berichtersteller

**Waldemar Herdt**  
Berichtersteller

**Renata Alt**  
Berichterstellerin

**Heike Hänsel**  
Berichterstellerin

**Dr. Frithjof Schmidt**  
Berichtersteller





